

Protokoll 120. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 11. Dezember 2024, 14.00 Uhr bis 16.45 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsident Guy Krayenbühl (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Simon Kälin-Werth (Grüne)

Anwesend: 121 Mitglieder

Abwesend: Sanija Ameti (GLP), Snezana Blickenstorfer (GLP), Roger Föhn (EVP), 1 Sitz vakant

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2024/534 * | Weisung vom 27.11.2024:
Sicherheitsdepartement, Allgemeine Polizeiverordnung (APV),
Teilrevision betreffend Bussenverzicht Teilnahme unbewilligte
Nutzung öffentlicher Grund zu politischen Sonderzwecken,
Abschreibung einer Motion | VSI |
| 3. | 2024/418 | Weisung vom 11.09.2024:
Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan 2025–2028 | FV |
| 4. | 2024/421 | Weisung vom 11.09.2024:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2025 (Detailbudgets und
Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2025 | STR |
| 5. | 2024/539 E | Postulat der GLP-Fraktion vom 27.11.2024:
Bericht über den Einsatz der dezentralen Lohnnebenleistungen
im Jahr 2025 | FV |
| 7. | 2024/541 E | Postulat von Yves Henz (Grüne) und Martin Busekros (Grüne)
vom 27.11.2024:
Unterstützung der Pueblo Kawésqar Foundation | STP |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

4064. 2024/566

Interpellation der GLP- und SP-Fraktion vom 04.12.2024:

Abrechnung der Leistungen von Angehörigen im Bereich der Grundpflege zuhanden der obligatorischen Krankenpflegeversicherung, Haltung zum Geschäftsmodell der Spitex-Organisationen, Mengengerüste und Entwicklungen, rechtliche und finanzielle Hintergründe und möglicher kommunaler Handlungsspielraum sowie Gewährleistung der Qualitätssicherung

Florine Angele (GLP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 18. Dezember 2024 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

Geschäfte

4065. 2024/534

Weisung vom 27.11.2024:

Sicherheitsdepartement, Allgemeine Polizeiverordnung (APV), Teilrevision betreffend Bussenverzicht Teilnahme unbewilligte Nutzung öffentlicher Grund zu politischen Sonderzwecken, Abschreibung einer Motion

Zuweisung an die SK SID/V gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 9. Dezember 2024

4066. 2024/418

Weisung vom 11.09.2024:

Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan 2025–2028

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2025–2028 wird zur Kenntnis genommen.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 4067/2024–4073/2024)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4067. 2024/572**Erklärung der SP-Fraktion vom 11.12.2024:
Budget 2025 und FAP 2025–2028**

Namens der SP-Fraktion verliest Florian Utz (SP) folgende Fraktionserklärung:

Budget 2025: Höchste Zeit für mehr bezahlbare Wohnungen

Der Stadtrat budgetiert für das Jahr 2025 ein Defizit von 226,2 Mio. Franken. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass die Rechnungen jeweils deutlich besser abschneiden als das Budget – zuletzt oft im Umfang von über 200 Mio. Franken. Trotz des budgetierten Defizits ist die Stadt Zürich deshalb weiterhin finanziell gesund.

Das ist wichtig – und es ist auch wichtig, dass das so bleibt. Gleichzeitig ist aber auch zentral, dass alle Zürcher:innen an diesem finanziellen Erfolg der Stadt wenigstens ein Stück weit teilhaben. Das ist heute leider nicht immer der Fall; ganz im Gegenteil werden zunehmend ärmere Menschen und vermehrt auch der Mittelstand aus der Stadt verdrängt. Gerade das aktuelle Beispiel der Leerkündigung der Sugus-Häuser zeigt dies in aller Deutlichkeit.

Sugus zeigt: Es braucht mehr bezahlbare Wohnungen

Zürich braucht dringend mehr bezahlbare Wohnungen. Deshalb hat die SP eine Erhöhung der Investitionen für den Kauf von Grundstücken und Liegenschaften um 250 Millionen Franken beantragt, denn nur so kann der Volksentscheid zum Drittelsziel nach einem Jahrzehnt der Stagnation noch erreicht werden. Die SP bedauert, dass die Umsetzung des Volkswillens in diesem Parlament nicht mehrheitsfähig ist. Gleichzeitig ist die SP aber froh und dankbar, dass dank einem Kompromiss mit Grünen und AL eine Erhöhung dieser so wichtigen Investitionen in bezahlbare Wohnungen um wenigstens 100 Millionen Franken möglich ist. Weitere Aufstockungen werden notwendig sein, aber dieser Kompromiss ist doch ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Diese Investitionen in bezahlbare Wohnungen liegen im Interesse der Bevölkerung. Wenn die Stadt nämlich das Drittelsziel erreicht, so sparen die Mieter:innen im Vergleich zu heute weit über 200 Millionen Franken – und das Jahr für Jahr. Dadurch wird auch die Kaufkraft gestärkt, wovon gerade auch das lokale Gewerbe profitiert. Dies wiederum schafft Arbeitsplätze und generiert zusätzliche Steuereinnahmen – zum Wohle von uns allen.

Sinnvolle Investitionen in das Volksvermögen

All dies ist möglich, ohne dass die Steuerzahler:innen belastet werden. Denn die höheren Investitionen refinanzieren sich über die Miteinnahmen zu 100 Prozent. Umgekehrt kommt die Wertsteigerung der gekauften Liegenschaften vollumfänglich dem Volksvermögen zugute. Eine Politik, welche auf diese Mehrung des Volksvermögens bei gleichzeitiger Entlastung der Bevölkerung bei den Mieten verzichtet, ist finanzpolitisch schlicht unvernünftig.

Selbstverständlich müssen nicht nur die wohnbaupolitischen, sondern auch alle anderen Volksentscheide umgesetzt werden. So beantragt die SP beispielsweise zur Förderung des Veloverkehrs zusätzliche Veloparkplätze sowie mehr Veloparkplätze. Ebenfalls im Sinne eines Volksentscheides fordern wir die Erhöhung der städtischen Beiträge für die Entwicklungszusammenarbeit.

Keinen Handlungsbedarf sieht die SP hingegen beim Steuerfuss. Die Politik der ruhigen Hand mit einem stabilen und verlässlichen Steuerfuss hat sich bewährt: Unsere Stadt prosperiert, und bereits heute hat Zürich für Menschen und Unternehmen eine hohe Anziehungskraft.

Die bürgerliche Politik der tiefen Steuern bei gleichzeitig hohen Gebühren ist für den Mittelstand ein Verlustgeschäft. Die Durchschnittszürcherin und der Durchschnittszürcher sparen bei einer dreiprozentigen Steuersenkung nämlich gerade mal 47 Franken. Gleichzeitig fehlt durch die Steuersenkung das Geld für eine wirklich substanzielle Entlastung der breiten Bevölkerung, etwa bei den Kitas, bei den Krankenkassen oder bei den Abokosten für den öffentlichen Verkehr. Hinzu kommt noch, dass die bürgerlichen Parteien in den Alterszentren weiter an der Gebührenschaube drehen wollen. Nachdem die Gebühren bereits per 2024 um über 6'000 Franken erhöht worden sind, wollen die Bürgerlichen eine weitere massive Gebührenerhöhung per 2027 durchwinken. Es ist offensichtlich: Eine solche Politik geht für den Mittelstand nicht auf.

Für die SP ist hingegen klar: Die Rechnung muss für alle Menschen aufgehen – auch für die Ärmere sowie den Mittelstand. Und da bei den meisten Menschen die höchste Rechnung diejenige für die Mieten ist, gibt es hier den dringendsten Handlungsbedarf für eine Entlastung. Kurzum: Es ist höchste Zeit für mehr bezahlbare Wohnungen!

4068. 2024/573
Erklärung der FDP-Fraktion vom 11.12.2024:
Budget 2025 und FAP 2025–2028

Namens der FDP-Fraktion verliest Martin Bürki (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Stadtrat weiterhin im finanzpolitischen Rausch. Wann ist das Fuder überladen? Steuersenkung jetzt!

Erstmals überschiesst das Budget die 11-Milliarden-Marke. Der Stadtrat gibt weiterhin das Geld mit allen Händen aus und malt gleichzeitig das Schreckensszenario eines Defizits an die Wand, weil er die Steuern nicht senken will.

Der Stadtrat plant für das nächste und die folgenden Jahre durchgehend Verluste zwischen rund 226 und fast 400 Millionen Franken. Besorgniserregend sind vor allem die geplanten Investitionen, die aufgrund des tiefen Eigenfinanzierungsgrades zu einer massiven Zunahme des Fremdkapitals führen. Bis 2028 soll sich die Verschuldung knapp verdoppeln. Eine weitsichtige Finanzpolitik geht anders. In guten Zeiten – wie jetzt – sollte man Schulden abbauen, um in schlechten Zeiten besser über die Runden zu kommen. Diesen Grundsatz tritt der Stadtrat mit Füßen. Rekordwerte bei den Ausgaben und Rekordwerte bei den Investitionen. Die linke Ratsmehrheit versteckt sich hinter der Behauptung, dass Volksentscheide umzusetzen seien und man gar nicht anders handeln könne. Es kann anders gehandelt werden! Auch die FDP ist für notwendige Infrastrukturinvestitionen. Es muss aber nicht jedes Gebäude, das die Stadt Zürich baut ein vergoldeter Palast sein und doppelt oder dreimal so viel Kosten an anderen Orten der Schweiz. Die völlig ausser Kontrolle geratenen Liegenschaftskäufe auf Pump sind massiv zu reduzieren.

Mit dem Budget 2025 ist das Fuder überladen. So bricht der Karren zusammen.

Per August 2024 sind 522 Stellen nicht besetzt, die budgetiert waren. Nun sollen 677 neue Stellen geschaffen werden. Bevor in diesem Ausmass neue Stellen geschaffen werden, ist die Besetzung der bewilligten Stellen sorgfältig vorzunehmen und dann seriös überlegen, wo es darüber hinaus wirklich noch mehr Stellen braucht. Was in der Privatwirtschaft selbstverständlich ist, wäre auch für die Stadtverwaltung das korrekte Vorgehen. In der Stadt gibt es aber kein Gremium, das das Stellenwachstum kritisch hinterfragt und unabhängig überprüft, ob dieses wirklich nötig ist. Die Stadt gibt jedes Jahr weniger aus als budgetiert und es werden weniger Stellen besetzt, als geschaffen werden. Das liegt daran, dass die rot-grüne Mehrheit im Parlament so viele Wünsche und Forderungen nach Mehrausgaben platziert, dass der Stadtrat gar nicht mit dem Ausgeben Schritt halten kann. Der Stadtrat legt dann jedes Jahr mit einem höheren Budget nach und die rot-grüne Mehrheit packt noch einmal eins drauf. Dieser Kreislauf muss endlich gestoppt werden, bevor die Stadt in ein finanzpolitisches Unwetter hineinläuft.

Während die Steuereinnahmen weiter sprudeln – insbesondere die Grundstückgewinnsteuern nochmals massiv steigen – erfahren Steuerzahlerinnen und Steuerzahler keinerlei Steuerentlastung. Der Stadtrat bemüht sich nicht einmal mehr, stichhaltige Argumente auszuführen, die gegen eine Steuersenkung sprechen würden - es gibt schliesslich auch keine. Einzig aus Gründen linker Parteidoktrin windet er sich weiterhin um einen überfälligen Steuersenkungsantrag. Damit wird klar, dass eine Entlastung der Bevölkerung nur mit neuen politischen Mehrheiten möglich ist.

4069. 2024/574
Erklärung der Grüne-Fraktion vom 11.12.2024:
Budget 2025 und FAP 2025–2028

Namens der Grüne-Fraktion verliest Felix Moser (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Wir wollen Zukunft! Mehr bezahlbare Wohnungen, mehr Klimaschutz, mehr Chancengerechtigkeit – ein Züri für alle!

Wir GRÜNEN begrüssen grundsätzlich das vom Stadtrat vorgelegte Budget 2025, das in weiten Teilen ein grün geprägtes Budget ist, insbesondere mit den Investitionen in den Energieumbau und im Bereich Wohnen. Für den Klimaschutz und für mehr Chancengerechtigkeit in der Schule sehen wir dringenden Bedarf für mehr Mittel.

Eine rote Null: hohe Investitionen, aber auch solide Steuereinnahmen prägen das Budget 2025 der Stadt Zürich. Zürich wächst, das zeigt sich auch beim vorliegenden Budget. Die wichtigsten Punkt im Budget sind für uns die Investitionen in den Wohnbau, für die Bildung sowie die Klima-Massnahmen, wozu auch mehr Platz für Velo- und Fussverkehr sowie Grünraum zählen.

Im 2025 startet endlich der von uns geforderte Wohnraumfonds, der gemeinnützige Wohnbauträger beim Bau von bezahlbaren Wohnungen unterstützt. Des weiteren unterstützt die Stadt Wohnbaustiftungen, baut

eigene Wohnsiedlungen und zudem ist im Budget eine halbe Milliarde Franken eingestellt, damit die Stadt Liegenschaften erwerben und sie der Kostenmiete zuführen kann. Dieser Betrag kann vom Stadtrat bei Bedarf überschritten werden, um zum Beispiel den Verlust von bezahlbarem Wohnraum zu verhindern. Damit hat die Stadt genügend Mittel, um bezahlbare Wohnungen zu schaffen, soweit tragbare Opportunitäten auf dem Markt zu realisieren sind.

Beim Verkehr und im Klimabereich ist die Stadt momentan mit angezogener Bremse unterwegs. Insbesondere bei den indirekten Emissionen besteht Handlungsbedarf, wie der Netto-Null Bericht aufzeigt. Der Ausbau von Photovoltaik muss schneller vorwärts gehen, AKW-Strom hat keine Zukunft mehr. Beim Veloverkehr wird der zügige Ausbau von Velovorzugsrouten systematisch durch Einsparungen behindert, deswegen fordern wir mehr Ressourcen bei der Stadt.

Chancengerechtigkeit für alle – da gibt es noch viel zu tun: Inklusive Bildung oder so genannte Schulinseln und die Stärkung der Schulsozialarbeit wollen wir mit zusätzlichen Mitteln im Budget stärken. Dazu gehören auch mehr Mittel für die Bekanntmachung von Schutzangeboten für Gewaltbetroffene und der Verzicht auf das Sozialinspektorat.

Damit setzen wir uns konsequent ein für eine Stadt für alle Menschen. Das beginnt bei bezahlbaren Wohnungen, zeigt sich in der Schule und Bildung, und setzt sich bei den Massnahmen fort, mit denen wir uns langfristig gegen die Klimaerwärmung einsetzen: Umbau der Energieversorgung oder die Förderung von ökologischen Verkehrsmitteln – mehr Velo, mehr öV, mehr Fussverkehr, weniger Auto. Mit dem vorgesehenen Budget 2025 kommen wir unseren Zielen einen Schritt näher.

4070. 2024/575
Erklärung der GLP-Fraktion vom 11.12.2024:
Budget 2025 und FAP 2025–2028

Namens der GLP-Fraktion verliest Sven Sobernheim (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Intransparenz im Zürcher Stadtrat: Das Budget 2025 und die fragwürdige Umsetzung der Finanzplanung

«Die Finanz- und Aufgabenplanung schafft Transparenz». Dieses Zitat von Stadtrat Leupi stammt aus dem Dezember 2022. Scheinbar hat es keine Gültigkeit mehr. Der Gemeinderat hat mit der Schaffung der zentralen Fringe Benefits eine Vereinheitlichung und Zentralisierung der Regelungen bezüglich Mobilitätsbeitrag und Verpflegungspauschale beschlossen. Der Stadtrat hat mit seiner Umsetzung jedoch das Gegenteil erreicht. Die Beträge für den Mobilitätsbeitrag wurden auf insgesamt 81 Konten budgetiert, und jede Dienstabteilung hat eigene, willkürliche Annahmen zur Aufteilung auf die verschiedenen Konten getroffen. Transparenz sieht anders aus.

Noch absurder wird es bei den dezentralen Fringe Benefits. Die Idee, dass jede Departementsvorstehende einen Betrag erhält, um in ihrem Departement etwas umzusetzen, fand die GLP von Anfang an absurd und wollte diese Regelung daher auch aus dem Personalrecht streichen. Nun zeigt sich aber aus den Budgetantworten, dass damit nicht unbedingt die angedachten Skitage im Bündnerland fürs ewz oder die günstigeren Medikamente für Angestellte des Stadtsitals finanziert werden, sondern dass die 150 CHF einfach bar ausbezahlt werden sollen. Hier fordert die GLP nun, dass in einem Bericht wenigstens aufgezeigt wird, wie das Geld letztlich verteilt wurde. Transparenz hilft, Mängel aufzudecken.

Doch es geht noch absurder. Was haben die öffentliche Beleuchtung der Stadt Zürich, eine Fernwärmeleitung, ein Wasserkraftwerk und ein Glasfaseranschluss gemeinsam? Gemäss ewz darf man diese Dinge nicht einzeln betrachten, sondern muss sie in einem 3-Milliarden-Budget vermischen. Die GLP kämpft dafür, dass die Anlagendeckungsgrade getrennt nach den völlig unterschiedlichen Bereichen ausgewiesen und nicht vermischt werden. Warum dies nicht sinnvoll sein soll, blieb auch nach mehreren Fragerunden unklar. Der Satz „Die Finanzierung des ewz erfolgt gesamthaft über das Unternehmen, weshalb eine Umsetzung je Produktgruppe nicht möglich ist und auch nicht zielführend wäre“ klingt zwar gut, ist aber eigentlich auch nur eine Lobeshymne auf die Intransparenz.

Das Budget 2025 ist für die GLP genau das Budget, das zu erwarten war. Wir haben unseren Fokus daher daraufgelegt, dass das Budget – und in Folge auch die Rechnung – Transparenz schafft. Denn Transparenz ist die Grundlage unserer Demokratie. Oder wie die NZZ in einem Kommentar in anderem Zusammenhang geschrieben hat: „Sie will Macht, aber keine Kontrolle: Die Zürcher Regierung hat ein Problem mit Transparenz.“ Der Zürcher Stadtrat scheinbar ebenfalls.

4071. 2024/576
Erklärung der SVP-Fraktion vom 11.12.2024:
Budget 2025 und FAP 2025–2028

Namens der SVP-Fraktion verliest Samuel Balsiger (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Dies ist ein Warn- und Weckruf:

Ausgabenwachstum in der Stadt Zürich ausser Rand und Band – SVP warnt seit Jahren

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Parteien unterschiedliche Ansichten haben. Doch die explosionsartige Zunahme der Staatskosten in der Stadt Zürich müssen für alle, die Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wahrnehmen, ein Weck- und Warnruf sein. Die SVP fordert eine schlanke Verwaltung, den Stopp von unsinnigen Staatsausgaben und eine Steuersenkung von 7 Prozentpunkte. Der Staat soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren, Sicherheit und Freiheit gewährleisten und die Bürger möglichst in Ruhe lassen.

Bis ins Jahr 2022 stiegen die städtischen Ausgaben jährlich um etwa 100 bis 200 Millionen Steuerfranken. Diese Ausgabenpolitik war bereits verantwortungslos. Doch seit Beginn der laufenden Legislatur gehen die Staatsausgabe regelrecht durch die Decke. Um bis zu 800 Millionen Steuerfranken steigen diese pro Jahr an. Innert drei Jahren zusätzliche Staatsausgaben von fast 1,7 Milliarden. Und in den nächsten Jahren soll es im gleichen Höllentempo weitergehen. Dass diese ungesunde Entwicklung nicht gut enden wird, dürfte insgeheim allen Verantwortlichen klar sein.

Der Finanz- und Aufgabenplan (FAP) zeigt demnach auch, dass in den nächsten Jahren hohe Aufwandsüberschüsse auf die Stadt Zürich zukommen. Innert den nächsten vier Jahren rund 1,2 Milliarden Franken. Solange sich mittel- bis langfristige die Lage diesbezüglich nicht verbessert hat, muss die Stadtverwaltung die Investitionssumme herunterfahren.

Der Grund für die abstruse Ausgabenpolitik besteht hauptsächlich darin, dass die Linken sowohl im Stadtrat als auch im Gemeinderat die absolute Mehrheit haben. Warum geben sie so viel fremdes Geld aus? Sie möchten Gefälligkeiten verteilen, um sich bei gewissen Gruppen beliebt zu machen. Die linken Parteien machen also mit Gefälligkeiten auf Kosten der Steuerzahler Wahlkampf – dies hinterlässt einen schalen und demokratiepolitisch unwürdigen Nachgeschmack.

Gleichzeitig bleiben die echten Probleme, die in der Stadt Zürich vorherrschen, ungelöst. Die SVP bietet immer wieder Hand, um die Polizei und damit Sicherheit in unserer Stadt zu stärken. Wir erarbeiten auch in anderen Bereichen Lösungen für unsere Bevölkerung. Wichtiger Leitsatz dabei: Der Staat soll sich möglichst zurückhalten, damit die Bürger sich frei entfalten können. Problemlos sind durch Optimierungen im Verwaltungsbetrieb Steuersenkungen von 7 Prozentpunkte möglich, ohne dass die Qualität der staatlichen Leistungen nur eine Spur schlechter wird. Zu viele Doppelspurigkeiten, unsinnige Milliardenprojekte, teures «Züri Finish» und Bürokratie lassen grüssen.

Die SVP will einen schlanken Staat, gut funktionierende Verkehrsinfrastrukturen, tiefe Steuern, ein kontrolliertes städtisches Bevölkerungswachstum, Sicherheit, Wohlstand und Freiheit. Die SVP hat die richtigen Antworten auf die grossen Probleme unserer Zeit. Wir vertrauen auf die Mündigkeit der Bürger und wissen, dass Eigenverantwortung keine Last, sondern eine Befreiung ist.

4072. 2024/577
Erklärung der Die Mitte/EVP-Fraktion vom 11.12.2024:
Budget 2025 und FAP 2025–2028

Namens der Die Mitte/EVP-Fraktion verliest Markus Haselbach (Die Mitte) folgende Fraktionserklärung:

Keine Budgeterhöhungen auf Vorrat

Das vom Stadtrat vorgestellte Budget 2025 inklusive Novemberbrief zeigt in fast allen Bereichen signifikant höhere Zahlen. Die Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen steigen stark auf beinahe 2.1 Milliarden Franken. Grossen Anteil daran haben der zusätzlich benötigte Schulraum, die Investitionen in den Wohnbau wie auch der bereits berücksichtigte Übertrag der Flughafenaktien ins Verwaltungsvermögen. Gemäss Finanz- und Aufgabenplan 2025 – 2028 zeichnet sich in den Folgejahren die notwendige Stabilisierung ab. Demographisch bedingt sollte der Bedarf nach Schulraum bald nicht mehr zunehmen. Der budgetierte Selbstfinanzierungsgrad von 26% ist aus Sicht der Fraktion Die Mitte / EVP völlig ungenügend. Erfahrungsgemäss kommt dieser Wert in der Rechnung jeweils deutlich höher zu liegen.

Zur Erfolgsrechnung: Das Budget weist einen Verlust von 245 Millionen Franken aus. Ein Treiber ist der

Personalaufwand. Gegenüber dem Budget 2024 steigen die Stellenwerte um rund 3% und der Personalaufwand um 5%. Über mangelnde Steuereinnahmen kann sich die Stadt Zürich nicht beklagen. Sie sind gesamthaft 278 Millionen Franken oder um 7.9% höher budgetiert als im Vorjahr. Die Mitte / EVP Fraktion erwartet, dass der Gemeinderat durch seine Änderungen das budgetierte Defizit beträchtlich senkt. Dies geschieht hauptsächlich durch einen Pauschalabzug für nicht besetzte Stellen und durch eine Erhöhung der erwarteten Grundstückgewinnsteuern sowie in einigen Dienstabteilungen auch durch Reduzierung zusätzlicher Sollstellen. So fordern wir in der Dienstabteilung Kultur einen Verzicht auf zusätzliche Sollstellen für die Aufrechterhaltung des Status Quo und bei der Fachstelle für Gleichstellung wollen wir den Ausbau auf eine Stelle beschränken. Von uns gewünschte Mehrausgaben für Bildung, Gesundheit, Soziales und Klima sind im Voranschlag des Stadtrats mehrheitlich schon berücksichtigt. Wir beantragen jedoch angesichts der humanitären Katastrophen vielerorts eine massvolle Erhöhung der humanitären Hilfe im Ausland wie auch bei den Beiträgen zugunsten von Entwicklungsländern. Dazu unterstützen wir zusätzliche Mittel für den nochmaligen Versand von Versorgungscoupons und Personalmassnahmen für Angestellte der tieferen Funktionsstufen.

Wir wehren uns entschieden gegen Anträge, die unter Auslassung des regulären Bewilligungsprozesses finanzielle oder personelle Mittel für ein Anliegen fordern. Bevor Mittel budgetiert werden, sollte die zuständige Verwaltungsstelle selbst die Angelegenheit prüfen und – falls wirklich benötigt – ordentlich beantragen. Die Fraktion Die Mitte / EVP lehnt Budgeterhöhungen auf Vorrat dezidiert ab.

Die Finanzen der Stadt Zürich sind gesund. Sie hat ein Tripel-A Rating und verfügt über ein zweckfreies Eigenkapital von über 2 Milliarden Franken. Damit das so bleibt, ist darauf zu achten, dass die Stellenwerte nur gering zunehmen. Von der guten Finanzlage sollen nun auch endlich die Steuerzahlenden profitieren. Darum setzen wir uns für eine Senkung des Steuersatzes auf 116% ein.

4073. 2024/578

Erklärung der AL-Fraktion vom 11.12.2024: Budget 2025 und FAP 2025–2028

Namens der AL-Fraktion verliest Tanja Maag (AL) folgende Fraktionserklärung:

Zukunftsfähigkeit und soziale Tragfähigkeit – ein Spannungsfeld

Die Stadt Zürich wächst und wächst und wächst. Damit die Stadtvergrösserung zukunftsfruchtig bleibt, darf sie nicht ohne Rücksicht auf die Menschen, die hier leben, geschehen. Ohne soziale Investitionen droht Zürich vollends zu einer kalten, gentrifizierten Metropole zu verkommen.

Das vor uns liegende Budget bringt ein riesiges Investitionsvolumen mit sich. Sehr viele Vorhaben sind unerlässlich, um die Stadt zukunftsfruchtig zu gestalten. In diesem Sinne wird der Investitionsschub die Attraktivität Zürichs weiter erhöhen und noch mehr profitorientierte Investor*innen anziehen, die das momentane urbane Eldorado gnadenlos auszunutzen versuchen. Gleichzeitig werden diese rosigen Aussichten jedoch den Druck auf viele Dienstleistungsbereiche und insbesondere auf den ohnehin angespannten Wohnungsmarkt verschärfen. Die Leerkündigungen in den Sugas-Häusern von letzter Woche zeigen, dass Menschen nicht nur aufgrund teurer Neubauten ihre Wohnungen verlieren, sondern auch in bestehenden Liegenschaften wortwörtlich „wegsaniiert“ werden. Um dieser wohnpolitischen Katastrophe ein Ende zu setzen, braucht es eine koordinierte Rettungsinitiative und ein Umdenken auf mehreren Ebenen.

Im Budget 2025 zeigt der Stadtrat, dass er seine bisherige Haltung langsam revidiert. Für Land- und Liegenschaftskäufe steht erneut ein Budgetposten bereit. Erste Projekte für den Wohnraumfonds werden erwartet, die öffentlich-rechtlichen Wohnbaustiftungen sollen kapitalisiert und ein neuer Wohnbau- sowie Jugendwohnkredit ins Leben gerufen werden. Doch die unersättliche Profitgier von Immobilienunternehmen und Privatpersonen erfordert dringend weitergehende Massnahmen, wie etwa die kantonale Wohnschutzinitiative, die Mietzinsbegrenzungen bei Renovationen fordert. Auf nationaler Ebene wären griffigere Instrumente, um konsequente und systematische Mietzinskontrollen durchzuführen, mehr als je nötig.

Eine radikale Umkehr braucht es bei den städtischen sozialen Mitberichten zur Begleitung von Bauprojekten. Ihre absolut frustrierende Wirkungslosigkeit muss 2025 ein Ende finden. Vom neuen Wohndelegierten erwarten wir, dass er diesen bisher erfolglosen Ermahnungen hinter verschlossenen Türen ein radikales Ende setzt. Und wir sagen es schon jetzt: Ohne sichtbare und wirksame Resultate bei der sozialen Abfederung von Wohnprojekten ist diese Stelle mehr als sinnlos! Wenn alle Stricke reißen, muss die Stadt Zürich einkommensschwache Menschen deutlich stärker bei der Wohnungssuche unterstützen. Auch diese Forderung ist nicht neu!

Soziale Tragfähigkeit sichert unsere Zukunft

Die AL schaut genau dorthin, wo andere gerne wegsehen. Wir sind absolut der Auffassung, dass eine Gemeinschaft nur dann gerecht und widerstandsfähig wachsen kann, wenn niemand auf der Strecke gelassen wird. Das gilt auch für geflüchtete Menschen, die politisch keine Stimme besitzen und deren Lebensqualität

massgeblich von den unmittelbaren Entscheiden von Parlamenten und Exekutiven abhängt. Bei dieser Budgetdebatte setzt die AL deshalb einen ihrer Schwerpunkte in der Verbesserung der sozialen Situation dieser Personen. Mittels eines - minimalen - Aufwands im Unterhalt der AOZ-Liegenschaften kann nämlich ein Maximum an Lebensqualität für diese vulnerable Gruppe erzielt werden. Ein angenehmer Wohn- und Lebensraum unterstützt nicht nur den Integrationsprozess, was die bürgerliche Seite bestimmt, gerne hört. Es ist auch ein Recht, worauf Menschen, die alles gegeben haben, um zu uns zu flüchten, Anspruch haben. Das nennen wir soziale Brückenpfeiler schaffen!

Soziale Tragfähigkeit entsteht zudem durch kluge Investitionen in Bildung und Arbeitsbedingungen. Mit der Anpassung des Bedarfsschlüssels für Deutsch als Zweitsprache sowie einem gemeinsamen Förderpaket von links-grün für die inklusive Schule stellen wir sicher, dass die sprachliche Entwicklung und der individuelle Bedarf von Kindern und Jugendlichen im Zentrum stehen. Das ist die Grundlage für eine zukunftsgerichtete Bildungsentwicklung!

Leider zeigt der Stadtrat auch im Budget 2025 erneut keinen Willen, eine der wichtigsten Fragen unserer Gegenwart - nämlich jener der Umgestaltung der Arbeitszeit - anzupacken. Er blockiert seit Jahren die Test-Einführung einer 35-Stunden-Woche in mehreren Schichtbetrieben und verpasst damit die Chance, die Situation der arbeitenden Stadtbevölkerung an die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts anzupassen. Diese strukturellen Veränderungen bleiben im Fokus unserer Bestrebungen. Sie sind kurzfristig, mühsam einzuführen, langfristig zeigen sie sich alleweil wirksamer als passagere Einmalzulagen. Deshalb fordert die AL, mit einem Vorstoss ausserhalb des Budgets, den Mindesturlaub für städtische Angestellte von 4 auf 5 Wochen zu erhöhen. In einer Zeit wie dieser müssen wir Rahmenbedingungen schaffen, um Fachkräfte zu binden. Gesundheitsförderung und die Vereinbarkeit von Lohn- und Care-Arbeit erfordern insbesondere mehr Erholungszeit.

Korrektureingriffe durch Umverteilung

Die AL begrüßt die im Budget vorgesehenen 60 Millionen für städtische Lohnmassnahmen und den Teuerungsausgleich. Besonders wichtig ist die Umsetzung unserer Motion zum jährlichen Teuerungsausgleich für Lernende in der beruflichen Grundbildung. Dadurch wird die Kaufkraft der Lernenden ab April 2025 ein Stück weit verbessert. Ebenso freuen wir uns über die nochmals anstehende Energiekostenzulage sowie über den baldigen Auftrag der Zürcher Bevölkerung für einen Bonus für die grundversorgten Kund*innen der Elektrizitätswerke.

Doch im Budget finden sich auch Umverteilungen in die falsche Richtung: Private Schulen profitieren unverhältnismässig von der städtischen Infrastruktur, während im ambulanten Pflegesektor seit neuestem jährlich Millionen in die Geschäftsmodelle kommerzieller Spitex-Anbieter*innen fliessen, die von pflegenden Angehörigen profitieren. Diese Missstände sind nicht länger hinnehmbar, weshalb wir erst letzte Woche mit einem Vorstoss auf diese ungerechtfertigte Praxis reagiert haben, um diesem Zustand mit einem ersten Schritt entschieden entgegenzutreten.

Die AL steht weiterhin für eine klare, zielgerichtete Umverteilung, die den Menschen in Zürich nicht mit leeren Versprechungen, sondern mit konkretem Nutzen dient. Ohne soziale Investitionen gibt es keine Zukunft, weder in Zürich noch sonst wo.

4066. 2024/418

Weisung vom 11.09.2024:

Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan 2025–2028

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Eintreten ist unbestritten

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2025–2028 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
 Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
 Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)
 Enthaltung: Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Pärparim Avdili (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2025–2028 wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 18. Dezember 2024 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

4074. 2024/421

Weisung vom 11.09.2024:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2025 (Detailbudgets und Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2025

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. a. Die Detailbudgets der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Stadt Zürich für das Jahr 2025 werden genehmigt.
 b. Die Globalbudgets der Stadt Zürich für das Jahr 2025 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die zentral bei der Institution 1060 (Gesamtverwaltung) eingestellten Budgetkredite von Fr. 40 668 000.– für das städtische Lohnsystem (SLS) einschliesslich Spontanprämien und den Teuerungsausgleich (einschliesslich Arbeitgeberbeiträge) nach erfolgter Lohnrunde 2025 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern für das Jahr 2025 werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Beratungsgrundlagen:

- Budget 2025, Vorlage des Stadtrats vom 11.09.2024
- Novemberbrief vom 06.11.2024
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 02.12.2024
- Anträge der RPK vom 02.12.2024, einschliesslich Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse

Referat zur Vorstellung der Weisung: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 4067/2024–4073/2024)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Eintreten ist unbestritten

Beschlüsse:

BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG						
S. 135	10 1060 3010 00 203	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug nicht besetzte Stellen				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
001.	Antrag Stadtrat			0	Minderheit 2	
		20 000 000		-20 000 000	Mehrheit	
		30 000 000		-30 000 000	Minderheit 1	
		Begründung: Mehrheit: Offene Stellen sollen nach Möglichkeit besetzt werden; gleichwohl ist absehbar, dass die Ausgaben um mindestens 20 Millionen Franken unter den budgetierten Werten liegen. Minderheit 1: Per 30.11.2024 gibt es 262 unbesetzte Stellen. Im Budget 2025 sollen 707 neue Stellen geschaffen werden. Die hohe Anzahl unbesetzter Stellen per Jahresanfang 2025 gibt Raum für einen Pauschalabzug von 30 Millionen Franken.				

Martin Bürki (FDP) beantragt für den Antrag der Minderheit 1 neu eine Kürzung um 30 000 000 Franken.

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 2	(0)	25 Stimmen
Antrag Mehrheit	(-20 000 000)	37 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(-30 000 000)	<u>56 Stimmen</u>

Total 118 Stimmen
 = absolutes Mehr 60 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 63 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.

S. 135	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG				
	1060	Gesamtverwaltung				
	3049 00 000	Übrige Zulagen				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
002.	Antrag Stadtrat			3 641 700	Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referat, Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
			1 000 000	4 641 700	Mehrheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung: Die zentralen Fringe Benefits sollen zentral budgetiert werden.				

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Sven Sobernheim (GLP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag des Stadtrats zugestimmt.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG				
	3049 00 000	Übrige Zulagen				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
003.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag			Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referat, Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
		573 500			Mehrheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung: Die zentralen Fringe Benefits sollen zentral budgetiert werden.				

3049 00 000 Übrige Zulagen					
Institu- tion	Bezeichnung	Budget bis- her	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
2080	Organisation und Informatik	970 500	0	70 500	900 000
2520	Stadtpolizei	7 595 800	0	100 000	7 495 800
2550	Schutz & Rettung	4 028 100	0	45 000	3 983 100
3535	Entsorgung + Recycling, Abwasser	711 400	0	62 000	649 400
3550	Entsorgung + Recycling, Abfall	898 600	0	70 000	828 600
3560	Entsorgung + Recycling, Stadtreinigung	998 800	0	76 000	922 800
5550	Soziale Dienste	530 000	0	150 000	380 000
	Total	15 733 200	0	573 500	15 159 700

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Sven Sobernheim (GLP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag des Stadtrats zugestimmt.

S. 135	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	1060	Gesamtverwaltung			
	3099 00 000	Übriger Personalaufwand			
		Verbesserung	Verschlechte- rung	Betrag	Stimmen
004.	Antrag Stadtrat			1 150 000	Minderheit
			8 500 000	9 650 000	Mehrheit
					Felix Moser (Grüne) Referat, Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
					Präsidium Sven Sobern- heim (GLP) Referat, Vize- präsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP), Barbara Wies- mann (SP)
		Begründung: Die zentralen Fringe Benefits sollen zentral budgetiert werden.			

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Sven Sobernheim (GLP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag des Stadtrats zugestimmt.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3099 00 000	Übriger Personalaufwand			
		Verbesserung	Verschlechte- rung	Betrag	Stimmen
005.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag			Minderheit
					Felix Moser (Grüne) Referat, Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)

4 647 000

Mehrheit

Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsident Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)

Begründung: Die zentralen Fringe Benefits sollen zentral budgetiert werden.

3099 00 000 Übriger Personalaufwand					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
2050	Human Resources Management	548 700	0	81 000	467 700
2520	Stadtpolizei	1 957 400	0	1 000 000	957 400
2550	Schutz & Rettung	975 900	0	403 000	572 900
3515	Tiefbauamt	520 900	0	220 000	300 900
5010	Schulamt	4 830 200	0	2 175 000	2 655 200
5550	Soziale Dienste	705 000	0	450 000	255 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	682 400	0	318 000	364 400
	Total	10 220 500	0	4 647 000	5 573 500

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Sven Sobernheim (GLP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag des Stadtrats zugestimmt.

4075. 2024/539

Postulat der GLP-Fraktion vom 27.11.2024:

Bericht über den Einsatz der dezentralen Lohnnebenleistungen im Jahr 2025

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Sven Sobernheim (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4002/2024).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

S. 135	10 1060 3049 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Übrige Zulagen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
007.	Antrag Stadtrat				3 641 700	Mehrheit
				5 015 000	8 656 700	Minderheit
						Enthaltung
		Begründung:	Einmalzulage von Fr. 1000 für das städtische Personal mit Schichtarbeit in den Funktionsstufen 1 bis 11 (soweit erforderlich nach Schaffung einer entsprechenden Rechtsgrundlage)			

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

PRÄSIDIALDEPARTEMENT

S. 143	15 1500 3130 00 000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Präsidialdepartement Departementssekretariat Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
008.	Antrag Stadtrat				181 000	Minderheit
				50 000	231 000	Mehrheit
						Enthaltung
		Begründung:	Unterstützung Fundación Pueblo Kawésqar im Rahmen der Erinnerungskultur und Versöhnung			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

S. 143	15 1500 3132 00 000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Präsidialdepartement Departementssekretariat Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
009.	Antrag Stadtrat				1 021 000	Minderheit
				50 000	1 071 000	Mehrheit
						Enthaltung
		Begründung:	Unterstützung Fundación Pueblo Kawésqar im Rahmen der Erinnerungskultur und Versöhnung			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

4076. 2024/541

Postulat von Yves Henz (Grüne) und Martin Busekros (Grüne) vom 27.11.2024: Unterstützung der Pueblo Kawésqar Foundation

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Yves Henz (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4004/2024).

Johann Widmer (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Das Postulat wird mit 85 gegen 33 Stimmen (bei 1 Enthaltung) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 121, Beschluss-Nr. 4074/2024)

E i n g ä n g e

Am nachfolgenden Text werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4077. 2024/579

Schriftliche Anfrage von Michele Romagnolo (SVP), Sebastian Zopfi (SVP) und Yves Peier (SVP) vom 11.12.2024:

Kunstobjekt beim Pissoir auf dem Kanzleiareal, Einholung einer Baubewilligung, Auftragserteilung, Kostenbeteiligung und Dauer der Kunstdarbietung sowie Übernahme der Entsorgungskosten

Von Michele Romagnolo (SVP), Sebastian Zopfi (SVP) und Yves Peier (SVP) ist am 11. Dezember 2024 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das Pissoir beim Kanzleiareal wurde umgebaut und beherbergt ein Kunstobjekt. Die Zweckentfremdung erfolgt aufgrund dem „Masterplan ZüriWC“.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen.

1. Wurde für den Umbau zum Kunstobjekt des Pissoir Kanzleianlage eine Baubewilligung eingeholt und wenn ja von wem?
2. Wer hat die Umbauarbeiten in Auftrag gegeben?
3. Hat sich die Stadt Zürich an den Kosten beteiligt? Wenn ja, wie hoch waren die Kosten und wer hat sie bewilligt?
4. Ist diese sogenannte Kunstdarbietung nur vorübergehend oder von langer Dauer?
5. Wenn das Objekt nicht mehr als Kunstobjekt genutzt wird, wer übernimmt die Kosten der Entsorgung?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

4078. 2024/399

Schriftliche Anfrage von Dr. Frank Rühli (FDP) und Thomas Hofstetter (FDP) vom 28.08.2024:

Ruhezonen im Stadtgebiet, Einordnung des Anliegens, Möglichkeiten für öffentliche Ruheräume in den Stadtkreisen, städtebauliche Optionen im Rahmen von Bauprojekten, regulatorische oder infrastrukturelle Aspekte sowie Beurteilung von Ruhezeiten für gewisse Berufsgruppen und in Schulen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3677 vom 27. November 2024).

4079. 2024/400

Schriftliche Anfrage von Stefan Urech (SVP) und Sebastian Vogel (FDP) vom 28.08.2024:

Zusätzliche Stehplätze im Stadion Letzigrund, Haltung zum Anliegen des FC Zürich, geschätzte Kosten für den Ausbau, Polizeikosten im Zusammenhang mit den FCZ-Spielen und mögliche Massnahmen bei einer Umsetzung des Anliegens sowie Beurteilung der Sicherheit

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3680 vom 27. November 2024).

4080. 2024/401

Schriftliche Anfrage von Julia Hofstetter (Grüne) vom 28.08.2024:
Einmietung grosser Detailhändler in städtischen Liegenschaften und Erreichung der Klimaziele, Vermietung der Flächen an kleinere Gewerbebetriebe unter Berücksichtigung der Aspekte der Nachhaltigkeit und des städtischen Klimaziels, Anpassung des Sortiments der Grossverteiler an das Netto-Null-Ziel der Stadt, Verpflichtung zur Klimaverantwortung sowie Klima-Dialog mit den Grossverteilern, die in privaten Liegenschaften eingemietet sind

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3711 vom 27. November 2024).

4081. 2024/402

Schriftliche Anfrage von Yves Peier (SVP) und Jean-Marc Jung (SVP) vom 28.08.2024:
Messerattacken in Zürich, Sicherheits- und Informationsstrategie, routinemässige Kontrollen, mögliche Einrichtung von Messerverbotzonen in Zürich, Präventionsmassnahmen an den Schulen, Verschärfung von Strafen für das Mitführen von Messern und Austausch mit anderen europäischen Städten sowie Statistiken über Messerangriffe

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3676 vom 27. November 2024).

4082. 2024/403

Schriftliche Anfrage von Tanja Maag (AL), Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Moritz Bögli (AL) vom 28.08.2024:
Pflege und Betreuung durch Spitex-Organisationen, städtische Beiträge an die Organisationen und selbständig tätigen Pflegefachpersonen, Analyse zum Stundenwachstum kommerzieller Spitex-Anbietenden, Stundenansätze der kommerziellen Unternehmungen, Vergleich zu den Normdefiziten für ambulante Pflegeleistungen, Vorhalteleistungen der Spitex Zürich AG und Hintergründe zu den Prüfungen durch die städtische Controlling-Stelle sowie Stärkung der gemeinnützigen Spitex-Organisationen mit Leistungsvereinbarung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3678 vom 27. November 2024).

4083. 2024/449

Schriftliche Anfrage von Matthias Renggli (SP) und Serap Kahrman (GLP) vom 18.09.2024:
Regelung der Untermietverhältnisse, Erfassung der Untermietverhältnisse bei Liegenschaften Stadt Zürich und den städtischen Stiftungen, bekannte Verhältnisse auf Plattformen wie Airbnb, Vorgaben betreffend die maximal zulässige Höhe der Untermiete, Überprüfung und Durchsetzung der Vorgaben sowie generelle Handhabung von Untermietverhältnissen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3675 vom 27. November 2024).

4084. 2024/110

Weisung vom 20.03.2024:

Amt für Städtebau, Teilrevision Bau- und Zonenordnung, Zonenplanänderung und Änderung Ergänzungsplan Waldabstandslinien «Werkhof Bederstrasse», Zürich-Enge, Kreis 2

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 25. September 2024 ist am 2. Dezember 2024 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 18. Dezember 2024.

4085. 2024/114

Weisung vom 20.03.2024:

Tiefbauamt, Kunst im öffentlichen Raum, Kunstprojekte gemäss Leitbild Kunst im öffentlichen Raum vom 5. April 2023 für die kommenden acht Jahre, Rahmenkredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 25. September 2024 ist am 2. Dezember 2024 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 18. Dezember 2024.

4086. 2024/205

Weisung vom 15.05.2024:

Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Riedtli, Umbau, neue einmalige Ausgaben

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 25. September 2024 ist am 2. Dezember 2024 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 18. Dezember 2024.

4087. 2024/218

Weisung vom 22.05.2024:

Energiebeauftragte, Verordnung über Förderbeiträge für den vorzeitigen Heizungsersatz (VFH), Neuerlass

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 25. September 2024 ist am 2. Dezember 2024 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 18. Dezember 2024.

4088. 2024/276

Weisung vom 12.06.2024:

Tiefbauamt, neuer Schifflandungssteg Wollishofen, neue einmalige Ausgaben

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 25. September 2024 ist am 2. Dezember 2024 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 18. Dezember 2024.

Nächste Sitzung: 11. Dezember 2024, 17.00 Uhr